

Die Geschichte und gegenwärtige Situation im Kosovo



Am 24. März 1999 begann die NATO mit aktiver deutscher Beteiligung ihren Krieg gegen Jugoslawien. Nach der Flucht hunderttausender Menschen nach Deutschland zu Beginn der Ethnisierungskriege Anfang der 90er Jahre wurde hier die Festung Europa gegen Flüchtlinge ausgebaut. Nur noch ein paar tausend Flüchtlinge aus dem Kosovo fanden Ende der 90er Jahre in Deutschland Schutz vor der neuen Welle „ethnischer Säuberungen“ durch das Milosevic-Regime und dem NATO-Krieg. Der Anspruch auf Asyl wurde ihnen jedoch verwehrt. Sie wurden als „Wirtschaftsflüchtlinge“ stigmatisiert und kriminalisiert. Nach mehr als zehn, fünfzehn Jahren Aufenthalt in Deutschland leben sie und die sogenannten Minderheiten noch immer ohne sicheren Status, ohne sichere Existenzgrundlage und sind permanent von Abschiebung bedroht.

Für die ethnische Gruppe der Roma, Ashkali und Gorana gilt der Krieg in Jugoslawien neben dem zweiten Weltkrieg, in dem mehr als 600.000 Roma ermordet wurden, als größte Katastrophe in ihrer Geschichte. Aktuell leben im Bundesgebiet schätzungsweise ca. 25.000 Roma, in Göttingen etwa 500. Ihr Leben hier ist gekennzeichnet durch rassistische Ausgrenzung und Übergriffe, Isolation in Flüchtlingsheimen und Wohnblocks, Residenzpflicht, Schikane in den Ämtern und stark eingeschränkte Partizipationsmöglichkeiten am sozialen Leben (Schule, Ausbildung, Arbeit).

Nur wenn sie in der Lage sind nachzuweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt größtenteils selbst sichern können, besteht die Chance auf eine längerfristige Aufenthaltsgenehmigung. Da dies de facto durch strukturelle Gegebenheiten kaum möglich ist, ist die große Mehrheit von ihnen zu einem Leben am Rande der „bürgerlichen deutschen Zivilgesellschaft“ gezwungen.

2008 kam es zur Anerkennung der Republik Kosovo durch einige NATO-Staaten. Im November 2008 hat die UNMIK – UN-Verwaltung des Kosovo – die Zuständigkeit für Rückführungsfragen an die neue kosovarische Regierung übergeben, welche Bereitschaft zur „Rücknahme“ der Flüchtlinge signalisiert hat. Seitdem laufen Vorbereitungen von Massenabschiebung dorthin. Abgeschobene erwarten im Kosovo massive soziale Ausgrenzung und ethnische Verfolgung. Übergriffe durch Polizei und albanische Nationalist_innen, systematische Benachteiligung durch die Behörden, fehlende Gesundheits- und Sozialversorgung bestimmen ihr Leben dort. Roma sind vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen und ihre Arbeitslosigkeit liegt über 90%. Häufig müssen sie mit weniger als 1\$ am Tag auskommen. Viele möchten gar nicht zurück in den Kosovo. Ihre Existenzgrundlage dort ist zerstört. Sie sehen Deutschland als ihre neue Heimat, haben eine Familie gegründet und ihre Kinder sind hier zur Welt gekommen. Sie sehen ihre Zukunft hier und möchten sich ein Leben außerhalb von Wohnblocks und Flüchtlingslagern aufbauen. Ihre Kinder möchten Schulbildung, sie wollen am sozialen Leben teilnehmen und nicht als Bodensatz einer Gesellschaft ausgegrenzt werden.

Die Realität ist weit entfernt von diesen Wünschen! Bereits jetzt werden durch die die Stadt Göttingen Briefe verschickt, die aus dem Kosovo stammenden Menschen Ausreisetermine mitteilen und sie auffordern, „freiwillig“ auszureisen, um einem Abschiebungsverfahren zu entgehen.

<http://www.roma-center.de/kosovo/> [20.05.18]

Bleiberecht

Roma-Familie droht nach 27 Jahren die Abschiebung

Marcus Schymiczek

Essen. Mirie Maqani und ihre fünf minderjährigen Kinder sollen nach Jahrzehnten in Deutschland abgeschoben werden. Ein Skandal, klagen die Grünen.

Die drohende Abschiebung einer Roma-Familie hat am Mittwoch für Empörung und Unverständnis gesorgt. Mirie Maqani (45) und ihre fünf minderjährigen Kinder im Alter von 10 bis 16 Jahren waren am frühen Morgen von Mitarbeitern der Ausländerbehörde und Polizeibeamten aus ihrer Wohnung an der Kopernikusstraße in Altendorf geholt worden. Die Familie sei in ein Flugzeug gesetzt worden. Das Ziel: der Kosovo.

Der Versuch, die Abschiebung mit Hilfe eines Anwalts per Eilantrag an das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen zu verhindern, scheiterte. Erst in allerletzte Minute wurde der Flug doch noch abgesagt, berichtete Ahmad Omeirat, integrations- und ordnungspolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion. Warum, blieb offen. Die Familie sei in eine Unterkunft nach Mönchengladbach gebracht worden. Wie es für sie weitergeht, ist unklar.

Denis Maqani zeigte sich im Gespräch mit der Redaktion verzweifelt über die drohende Abschiebung seiner Mutter und seiner Geschwister. Er selbst und seine Geschwister seien in Deutschland geboren. Die Jüngeren gehen noch zur Schule. Im Kosovo habe die Familie weder Verwandte noch eine Bleibe. „Meine Geschwister sprechen nicht einmal die Sprache. Sie sprechen nur Deutsch.“ Der Kosovo sei für sie ein fremdes Land.

„Der Kosovo ist für sie ein fremdes Land“

Mirie Maqani war den Worten ihres Sohnes nach im Alter von 17 Jahren nach Deutschland gekommen. Ein Bleiberecht erhielt sie nicht. In den vergangenen Jahrzehnten sei seine Mutter immer wieder aufgefordert, das Land zu verlassen. Völlig überraschend sollte sie dann mit ihren Kindern in den Flieger steigen, berichtet Denis Maqani. Der 24-Jährige ist nach eigenen Worten berufstätig und verheiratet, hat wie seine älteren Brüder einen sicheren Aufenthaltsstatus. Sein Sohn habe die deutsche Staatsbürgerschaft.

Die Vorsitzende der Essener Grünen, Gönül Eglence, übte harsche Kritik am Vorgehen der Behörden. „Es ist ein Skandal und in keiner Weise hinnehmbar, dass eine Roma-Familie, die seit 27 Jahren in Essen lebt, gut integriert ist und sich nie etwas hat zu Schulden kommen lassen, nun auseinander gerissen werden soll. Wir verurteilen dieses Vorgehen als zutiefst

unmenschlich.“ Kritikwürdig sei die Abschiebung auch deshalb, weil die Härtefallkommission noch gar nicht entschieden habe, „zumindest nicht negativ“.

Grüne kritisieren Ausländerbehörde

Eglence wirft die Frage auf, warum die Essener Ausländerbehörde so restriktiv vorgegangen sei. Die Stadt Köln beispielsweise bemühe sich um ein dauerhaftes Bleiberecht für so genannte Langzeitgeduldete, sofern diese sich in die Gesellschaft integrieren. Auch Landes-Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) hatte sich jüngst dahingehend geäußert. Integrationsverweigerer oder Kriminelle sollten hingegen schneller abgeschoben werden, so der Minister.

Seine Familie sei nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten, betont Denis Maqani. „Wir haben uns nichts zu Schulden kommen lassen.“

<https://www.waz.de/staedte/essen/essener-roma-familie-droht-nach-27-jahren-die-abschiebung-id214055777.html> [20.05.18]